



KLARTEXT



Stolz auf Wachstum

Nach Treptow-Köpenick kommt man gern: Müggelsee-Luft schnuppern, die Wälder oder anderen Gewässer genießen, Kunst und Kultur sehen. Immer mehr Menschen wollen sich in unserem Bezirk nicht nur erholen, sie wollen hier wohnen bleiben. Es sind junge Familien mit Kindern oder ältere Menschen, die hier ihren Lebensabend verbringen wollen. Treptow-Köpenick ist beliebt. Deshalb ist es gut und richtig, dass mehr gebaut wird. Es ist unangenehm, stimmt: Baustellen, Baufahrzeuge, Lärm. Aber sollten wir nicht auch ein Stück stolz darauf sein, dass unsere Heimat so beliebt ist, dass immer mehr Menschen Treptow-Köpenick zu ihrer Heimat machen wollen? Berlin wächst – das wurde schon Anfang der neunziger Jahre vorhergesagt und nicht viel ist passiert. Jetzt sehen wir die Umzugsfahrzeuge: Menschen aus anderen Teilen Deutschlands kommen wirklich hierher, finden ihre neue Heimat. Und unser Bezirk hat noch viel Potenzial. Bis 2030 könnten durch Lückenschlüsse bei Brachflächen knapp 28000 neue Wohneinheiten entstehen. Davor sollten wir keine Angst haben, sondern uns freuen. Wichtig wird es bleiben, dass vor allem die städtischen Wohnungsbauunternehmen und die Wohnungsbauunternehmen neu in unserem Bezirk bauen. Schließlich

wollen wir, dass wohnen bezahlbar bleibt. Es ist deshalb richtig, dass das Land Berlin gleich mehrere Grundstücke in unserem Bezirk an städtische Wohnungsgesellschaften vergeben will, ohne dass diese einen Grundstückspreis zahlen müssen. Im Gegenzug müssen sie im Neubau für einen hohen Anteil an Wohnungen niedrige Mieten garantieren – und zwar 20 Jahre lang. Das ist der richtige Weg – genauso wie die Förderung von Wohnungsneubau nichtgewinnorientierter Wohnungsbauunternehmen.

Wir müssen diesen Wandel gemeinsam gestalten. Kitas müssen gebaut, Schulen erweitert werden. Das alles benötigt eine Vorlaufzeit und Geld. Wir haben zudem die große Chance, unsere bestehenden Einrichtungen sichern zu können: die Jugend- und Senioreneinrichtungen oder die Kultureinrichtungen sollen einen Zuwachs an Neubürgern und damit Publikum bekommen. Laden wir also unsere neuen Nachbarinnen und Nachbarn herzlich ein, unseren Bezirk zu erkunden, zu entdecken und die schönen Seiten zu nutzen. Dazu gehört der öffentliche Nahverkehr. Oft haben wir von BVG und S-Bahn gehört, wie wenig Kundenschaft in den Randlagen der Stadt zu befördern sind. Sorgen wir also dafür, dass diese Angebote besser genutzt werden und das Auto lieber zu Hause stehen bleibt. So können und sollen wir alle profitieren: Alteingesessene und Neubürger, die stolz auf ihr Treptow-Köpenick schauen.

Ihr

Oliver Tzel



Die Investitionsplanung des Bezirks sieht u.a. die Sanierung des Fischerbrunnens vor dem Rathaus Treptow vor.

Treptow-Köpenick investiert

Investitionsplanung 2015 bis 2019 verabschiedet

Die BVV Treptow-Köpenick hat auf ihrer letzten Sitzung mit breiter Mehrheit die Investitionsplanung 2015-2019 beschlossen. Demnach sollen im Bezirk in den nächsten 5 Jahren über 110 Mill. Euro (zuzüglich GA-Mittel aus der EU) investiert werden.

Ein Schwerpunkt der bezirklichen Investitionsplanung liegt bei der Erweiterung und Sanierung von Schulen sowie in der Sanierung der Straßen und Grünflächen. Das wohl aufwändigste, größte und prestigeträchtigste Projekt des Bezirkes ist die Sanierung der viel genutzten historischen Parkanlage Treptower Park 2015/16, wo die Hauptfinanzierung aus einem EU-Fördertopf erfolgt.

Das Land Berlin investiert darüber hinaus in den Wachstum der Stadt. Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) stell-

te Mitte Februar das Konzept für zusätzliche Investitionen „Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt“ (SIWA) vor. Dafür stehen aus dem Finanzierungsüberschuss des Jahres 2014 insgesamt 438 Mio. Euro zur Verfügung. Für 2015 wird eine ähnlich hohe Summe erwartet. Beiträge in gleicher Höhe werden zur Schuldentilgung verwendet. Aus diesem Fonds soll der Öffentliche Personennahverkehr zusätzlich gefördert werden und vor allem Krankenhäuser, Bäder, Polizei- und Feuerwehrgebäude saniert und neu gebaut werden. Für Köpenick werden dabei Investitionen bei der Feuerwehr erwartet. Darüber hinaus wird entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen zusätzlich in Schulen investiert.

Die Landesinvestitionsmittel wurden zusätzlich um weitere 100 Mio. Euro

aufgestockt, um vor allem die Bezirke besser auszustatten. Davon werden beispielsweise 10 Mio. Euro für die Sanierung und Erhaltung von Spreepark und Eierhäuschen im Plänterwald zur Verfügung gestellt, um das Gelände für künftige Betreiber investitionsfähig zu machen. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Gabriele Schmitz freut sich über das finanzielle Engagement des Landes zur Rettung des Eierhäuschens, denn „nur so könnte das 1991 geschlossene Restaurant wieder öffentlich zugänglich gemacht werden. Einen weiteren Winter würde das Eierhäuschen nicht überstehen.“

Bewährte Sonderprogramme des Landes, wie das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm, das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm und das Schlaglochprogramm werden fortgeführt.

Investitionen in die Schulen sind Investitionen in die Zukunft

Im letzten Jahr wurden in unserem Bezirk 10 Mio. Euro für die Instandsetzung und Sanierung von Schulen ausgeben. Auch in den nächsten Jahren wird ein Schwerpunkt der Investitionen in Treptow-Köpenick bei den Schulen liegen. Denn die Schülerzahlen steigen erfreulicherweise. Still gelegte Schulen werden wieder hergerichtet und saniert, bestehende Schulen werden erweitert. Letzteres ist insbesondere bei den Sekundarschulen nötig. In einigen Schulen werden modulare Ergänzungsbauten (Container) installiert, weil die höhere Auslastung der Schulen nur für einige Jahre prognostiziert oder die Bauplanung nicht schnell genug ist.

Lesen Sie weiter auf Seite 7

IN DIESER AUSGABE

WASSERSPORT IM SÜDOSTEN

Was ist erlaubt zwischen Dämeritzsee und Spree-tunnel?

Seite 2

WO WIRD INVESTIERT IM BEZIRK?

Treptow-Köpenicks Investitionsplanung 2015 bis 2019

Seite 7

MENSCHEN OHNE OBDACH

Wo Wohnungslose ein Obdach finden

Seite 8

Die Mietpreisbremse Lückenschließung in Johannisthal kommt

Der Weg für die Mietpreisbremse ist nun endlich frei. Die Union hat ihren Widerstand im Koalitionsausschuss auf Bundesebene aufgegeben. Die Sozialdemokraten, die das Vorhaben zu einem ihrer wichtigsten Regierungsprojekte erklärt haben, haben dies nun durchgesetzt. Millionen von Mieterinnen und Mietern in Deutschland werden von der Mietpreisbremse profitieren. Sie

wird vor allem in Ballungsgebieten wie Berlin den exorbitanten Anstieg der Mieten bremsen und dazu beitragen, dass die Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Inkrafttreten soll die Mietpreisbremse in den nächsten Wochen.

Außerdem wird das sogenannte Bestellerprinzip im Maklerrecht wieder eingeführt. Lesen Sie mehr auf Seite 2

An der Ecke Sterndamm/Winckelmannstraße errichtet die STADT UND LAND auf einem rd. 3.000 m² großen Grundstück ein Ensemble aus einem viergeschossigen Vorderhaus inklusive Dachgeschoss und einem dreigeschossigen Gartenhaus.

Die insgesamt 31 Wohnungen sind für ein generationenübergreifendes Miteinander konzipiert. Es entstehen 2-Zimmer-Wohnungen für Alleinlebende sowie Maisonette- und 4-Zimmer-Wohnungen für



© Anne Lampen Architekten BDA

Familien. Alle Wohnungen haben Balkone bzw. Terrassen.

Darüber hinaus ist im

barrierefreien Erdgeschoss eine Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte geplant. Die Wohnungen werden voraus-

sichtlich im Frühjahr 2015 fertig gestellt. Insgesamt werden an diesem Standort rund 7 Mio. € investiert.

Der Wahlkreisabgeordnete Karlheinz Nolte freut sich über das Engagement der städtischen Wohnungsgesellschaften in Treptow-Köpenick: „Gerade die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sorgen in unserem Bezirk dafür, dass es auch zukünftig bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung geben wird.“

MELDUNGEN

SPRECHSTUNDEN DER SPD-POLITIKER

Matthias Schmidt

Mitglied des Bundestags
7. März 10 bis 12 Uhr im
Bürgerbüro „Schmidts
Ekke“, Ekkehardstraße 1

Andy Jauch

Mitglied des Abgeord-
netenhauses für den
Wahlkreis Alt-Treptow,
Plänterwald und Baum-
schulenweg
10. März 17-18 Uhr im
Wahlkreisbüro „Kietzbrü-
cke“, Brückenstraße 11

Ellen Haußdörfer

Mitglied des Abgeordne-
tenhauses für den Wahl-
kreis Adlershof und Alt-
glienicke
11. März und 8. April je-
weils 16-17 Uhr in der
Alten Schule Adlershof,
Dörpfeldstraße 54
25. März 16-17 Uhr im
Restaurant Ebel, Sem-
melweisstraße

Oliver Igel

Bezirksbürgermeister
12. März 15-17 Uhr und
25. März 10:30-11:30 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Alt-Köpenick 21, Zi. 173

Karlheinz Nolte

Mitglied des Abgeord-
netenhauses für den
Wahlkreis Oberschöne-
weide, Niederschöne-
weide und Johannisthal
16. März und 30. März
jeweils 16 bis 17:30 Uhr
im Rathaus Johannist-
hal, Sterndamm 102

Rainer Hölmer

Stadtrat für Stadtent-
wicklung und Umwelt
18. März 15-17 Uhr im
Rathaus Köpenick, Alt-
Köpenick 21, Zi. 110, mit
Anmeldung telefonisch
unter (030) 90297-2202

TERMINHINWEIS

Diskussion zum The-
ma „Flüchtlingspolitik:
Ängste und Vorurteile
abbauen - Chancen er-
greifen“ am 24. März
19 Uhr im Zentrum für
Demokratie, Michael-
Brückner-Str. 1/ Spree-
straße, direkt gegenüber
vom S-Bahnhof Schön-
eweide
(Veranstalter: Matthias
Schmidt, MdB)

Diese Veranstaltung
findet im Rahmen der
Internationalen Wo-
chen gegen Rassismus
(vom 16. bis 29. März)
statt. Gemeinsam mit
mehr als 70 bundeswei-
ten Organisationen und
Einrichtungen ruft der
Interkulturelle Rat in
Deutschland dazu auf,
sich an den Internati-
onalen Wochen gegen
Rassismus zu beteiligen
und damit ein Zeichen
gegen Rassismus zu set-
zen.

Wassersport im Südosten: Was ist erlaubt zwischen Dämeritzsee und Spreetunnel?



Dieses Gebiet wird derzeit untersucht, um die Ergebnisse und Schlussfolgerungen in einem sogenannten Gewässerentwicklungskonzept zusammen zu führen. Das Erfordernis ergibt sich aus der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie WRRL, die auf diese Weise in Berlin umgesetzt wird. Das benötigt Zeit aber dafür gibt es gute Gründe. Gutachter und Planungsbüros arbeiten unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zusammen. In mehreren Schritten werden außerdem beteiligt: Bezirksverwaltung, Wasserschiffahrtsamt, Wasserschutzpolizei, Wasserbetriebe, Forsten und Fischereiamt. Ebenso amtlicher und ehrenamtlicher Naturschutz, Denkmalschutz, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Bürgervereine und nicht zuletzt Wassersporttreibende. Umweltschutz ist an sich nicht verhandelbar; aber schon der Weg dahin. Unbestritten ist, dass die Gewässer-berlinweit, deutschlandweit, euro-

paweit, weltweit - geschützt werden müssen - und das mehr als bisher. Es geht um einzelne Gewässerzonen und die jeweiligen Uferbereiche. Die vorgesehene Renaturierung des Strandbadgeländes ist bereits ein wichtiger Weg zu mehr Gewässer- und Uferschutz. Eine vorläufige Überlegung, Teilflächen des Müggelsees zu sperren hat jedoch zeitversetzt Schlagzeilen verursacht. Senator Andreas Geisel bemühte sich auch umgehend die Wogen zu glätten, fast im wahrsten Sinne des Wortes, und klarzustellen, dass niemand den Wassersport vom Müggelsee verbannen wolle. Die Fahr-

rinne für Motorboote bleibt unangetastet. Die vorhandenen Fährverbindungen und Anlegestellen bleiben. Segler, Ruderer und Kanuten befahren den Müggelsee und diese hinterfragen zu Recht Überlegungen einer Teilflächensperrung. Umweltfreundlicher Wassersport steht plötzlich am Pranger und das ruft Widerspruch hervor wenngleich auch muskelbetriebener Bootsverkehr empfindliche Ökosysteme stören kann. Gleichzeitig ist nachvollziehbar, dass sich Schwimmer, Segler, Ruderer und Paddler ungern in die Ecke der Umweltfrevler stellen lassen.

Der Motorbootverkehr, der sich innerhalb der Grenzen der Fahrrinne und des Tempolimits bewegt, steht nicht zur Debatte. Verstöße gegen die Fahrinnenregelung und gegen Geschwindigkeitslimits gehören jedoch geahndet und in die Kategorie „schwarze Schafe“, so der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt, der sich vor Ort bei der Wasserschutzpolizei informierte.

Naturschutz und Wassersport sind kein Widerspruch. Wassersport ist Erholung und Erholung ist nur möglich, wo die Natur intakt ist. Nicht nur an dieser Stelle schließt sich der Kreis. Naturschutz darf nicht diejenigen verbannen, die Natur erleben und genießen wollen. Rücksichtnahme und Kompromissbereitschaft von allen Seiten wird helfen, ein Gewässerentwicklungskonzept auf den Weg zu bringen, das allen entgegenkommt aber auch allen etwas abverlangt. Wasser ist unsere Lebensgrundlage und braucht Schutz, kompromisslos. Der

Weg dahin ist voller Kompromisse und dazu braucht es die Bereitschaft aller Beteiligten. Artikel 14 der Wasserrahmenrichtlinie sieht die Einbeziehung aller Beteiligten vor. Nach zwei Bürgerforen und zwei Beteiligungswerkstätten findet im März ein weiteres Treffen statt, bei dem alle, die im wörtlichen Sinne anliegen, und alle die ein Anliegen haben, beitragen können und verhandeln sollen. Naturschutzvertretung muss einsehen, dass der Müggelsee ein städtisches Gewässer mit wichtiger Naherholungsfunktion ist. Wassersporttreibende müssen einsehen, dass ihre Form der Gewässernutzung Grenzen hat. Wie starr diese Grenzen und wie groß das gegenseitige Entgegenkommen ist, wird sich zeigen. Das böse Wort von der Sperrung wird hoffentlich durch einvernehmliche und allseits respektierte Schutzzonen ersetzt, die naturnahem Wassersport ebenso wie Wasservogel- und Röhrichtzonen genug Raum lässt.

SPD-Fraktion begrüßt Einigung bei Mietpreisbremse

Dazu erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Iris Spranger: „Hunderttausende Mieterinnen und Mieter werden von den neuen Regelungen profitieren und insbesondere in Großstädten wie Berlin vor überzogenen Mieterhöhungen geschützt. Dies ist ein großer Erfolg, weil damit eine seit langer Zeit von unserer Fraktion aufgestellte Forderung umgesetzt wird, die angesichts des knappen Wohnungsangebotes und steigender Mieten zu größerer sozialer Gerechtigkeit führt. In Berlin haben wir bei den landeseigenen Wohnungsbeständen diese mietspreisdämpfenden Regelungen bereits mit dem Mietenbündnis umgesetzt.“

Die künftig allgemein geltende Mietpreisbremse wird dazu beitragen, dass Mieten auch in den anderen Wohnungsbeständen für Normalverdiener bezahlbar bleiben. In Zukunft dürfen Mieten bei der Neuvermietung in den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten, wie dies in Berlin der Fall ist, die ortsübliche Vergleichsmiete nur noch höchstens um 10 Prozent übersteigen. Mit Mietsteigerungen von mehr als 30 oder 40 Prozent ist Schluss. Auch das Bestellerprinzip im Maklerrecht soll ohne Ausnahmen kommen. In Zukunft gilt: Wer den Makler bestellt, der bezahlt ihn auch. Das ist in den allermeisten Fällen der Vermieter. Ein klassisches Prinzip des täglichen Lebens gilt fortan auch bei der Woh-

nungssuche. Insgesamt wird ein gerechterer Ausgleich zwischen den Interessen von Vermietern und Mietern geschaffen. Die derzeit hohe Investitionsbereitschaft soll weiterhin gefördert und erhalten werden. Nur so kann die Wohnungsknappheit langfristig beseitigt werden. Deswegen gilt die Mietpreisbremse zunächst nicht für Neubauten und bei Erstvermietung nach umfassender Modernisierung. Die Treptow-Köpenicker Abgeordnete Ellen Haußdörfer erläutert dies „Wer Geld investiert, soll damit auch weiterhin Geld verdienen können. Aber: Wohnungen sind keine reine Ware. Sie sind das Zuhause von Menschen. Dabei darf es nicht einzig und allein um Profitmaximierung gehen.“

Familienfreundliche Unternehmen gesucht

Bereits seit 10 Jahren prämiert das Bezirksamt jährlich „familienfreundliche Unternehmen“ und würdigt nicht nur deren Leistungen, sondern motiviert auch andere Firmen, in ihrem Betrieb Angebote auszubauen, die Familienfreundlichkeit erlebbar machen lassen. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten ebenso, wie die Möglichkeit der Telearbeit oder Kinder gelegentlich ins Unternehmen mitzubringen. Teilzeit oder Elternzeit sollten gefördert werden, der Kontakt mit den Mitarbeitern während einer Auszeit nicht abbrechen. „Mehrere Unternehmen haben eigene Konzepte zur Förderung von Familien in Unternehmen aufgestellt und damit gezeigt, dass sie sich um ihre Beschäftigten bemühen. Das sorgt für eine hohe Motivation, noch bessere Arbeitsleistungen und eröffnet den Unternehmen auch

bessere Chancen auf dem Markt der Fachkräfte. Deshalb ist es für jedes Unternehmen wichtig, sich frühzeitig mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu kümmern. Alle profitieren davon“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Eine Jury unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters prämiert die familienfreundlichsten Unternehmen. Ausgezeichnet werden zwei Unternehmen: eines mit bis zu 20 Beschäftigten und eines mit mehr als 20 Beschäftigten. Der Preis sind jeweils 500 Euro für die Gewinner und eine wertvolle Skulptur als Wanderpreis. Eine Bewerbung ist bis zum 8. Mai 2015 möglich. Weitere Informationen dazu gibt es auf den Internetseiten des Bezirksamtes Treptow-Köpenick unter den Informationen der Gleichstellungsbeauftragten Anke Armbrust.

Neue Schule in alter Fabrik

Ende letzten Jahres zogen die Hochschule für angewandte Pädagogik und die Fachschule für Sozialpädagogik gemeinsam in die ehemalige NAG-Fabrik. Das im Stil der Neuen Sachlichkeit von Peter Behrens errichtete Gebäudeensemble an der Ostendstraße in Oberschöneweide ist ein Industriedenkmal mit eigenem Charme. Das Bildungsinstitut im Bereich Pädagogik bereichert den Ortsteil. Neu ist ein dualer Zweig der Ausbildung. Die technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft TJFBG ist bekannt und renommiert



mit ihren schulischen und außerschulischen Angeboten. Fach- und Hochschule stellen ein noch eine recht junges Angebot des Trägers dar, der auf diese Weise dem

zunehmenden Fachkräftebedarf im Bereich Pädagogik begegnet. Der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt und die Vorsitzende des Bildungsausschusses im

Abgeordnetenhaus Renate Harant machten sich vor Ort ein Bild. Der Geschäftsführer des TJFBG, Thomas Hänsgen, und der Präsident der Hochschule, Prof. Joachim Hage, erläuterten das Konzept der neuen Einrichtung. Die Studierenden seien hochmotiviert und profitieren auch vom sich weiter entwickelnden benachbarten HTW-Campus. Renate Harant und Matthias Schmidt versprachen, sich fortlaufend über die Entwicklung zu informieren und nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Treptow-Köpenick, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Kontakt: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de

V.i.S.d.P.: Oliver Igel
(Kreisvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Karin Geißler, Oliver Igel, André Rostalski, Gabriele Schmitz, Ralf Thies, Karin Zehrer

Druck: Henke Presse-
druck GmbH & Co. KG,
Auflage: 50.000 Exemplare

Auf dem Weg zur frauenfreundlichen Stadt

Im Stadtblatt-Interview: Dilek Kolat, Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Berliner Stadtblatt: Frau Kolat, als Sie vor 20 Jahren in die SPD eingetreten sind, fand zeitgleich die Welt-Frauenkonferenz von Peking statt, die die Rechte von Frauen weltweit schützt und Gewalt ächten wollte. Wie aktuell ist der damalige Forderungskatalog heute?

Dilek Kolat: Im Zentrum stand die Auseinandersetzung um die Geltung der Menschenrechte als universelle Frauenrechte. Die Menschenrechte schließen das Recht von Frauen ein, frei über ihre Sexualität zu entscheiden, ohne Zwang, ohne Diskriminierung, ohne Gewalt. Das wurde damals sehr hart erkämpft. In der Bundesrepublik Deutschland hat es von da an wichtige Fortschritte gegeben: vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz 1996 über das Gesetz zur Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997, die Verankerung von Gender Mainstreaming als Leitprinzip der Verwaltung 2002, das Allgemeine Antidis-

kriminierungsgesetz 2006 bis hin zur Frauenquote in Aufsichtsräten. Dennoch ist Gewalt an Frauen weltweit und auch in Berlin weiter ein bedrückendes Problem. Häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Vergewaltigung, Ehrenmorde, Pornografie, Prostitution und Menschenhandel verletzen Frauen und Mädchen in ihrer Menschenwürde und stellen eklatante Menschenrechtsverletzungen dar.

Als Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen setzen Sie sich für eine moderne Frauenpolitik ein. Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme und Sorgen der Berlinerinnen?

Die Berlinerinnen wollen gleichberechtigt und gewaltfrei in ihrer Stadt leben, arbeiten und an der Entwicklung der Stadt mitwirken. Sie sorgen sich um bezahlbaren Wohnraum, um eine gute Betreuung und Ausbildung ihrer Kinder. Sie wollen natürlich auch gute und faire Arbeitsplät-

ze, was übrigens auch die gleichen Löhne, wie sie die männlichen Kollegen bekommen, mit beinhaltet. Gerade für viele Alleinerziehende in Berlin ist das Armutsrisiko groß. Als Senat haben wir ein Gesamtkonzept zur Unterstützung von alleinerziehenden Frauen auf den Weg gebracht. Für Frauen, die Gewalt erleiden müssen, haben wir ein sehr gut funktionierendes Hilfesystem, von Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen bis hin zur BIG-Hotline, einer telefonischen Beratung, die immer erreichbar ist.

Berlin will eine frauenfreundliche Stadt sein. Was fehlt ihr noch, was zeichnet Berlin bereits aus?

In Berlin sind überdurchschnittlich viele Frauen erwerbstätig. Es gibt eine lebendige und vielfältige Frauenbewegung, die den Frauen Stimme und Gehör verschafft. Mit dem bundesweit beachteten „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm“ und dem



Engagiert für Frauenrechte und Gewaltfreiheit: Berlins Senatorin Dilek Kolat.

Foto: SenAlf

Leitbild „Gleichstellung im Land Berlin“ leisten wir Pionierarbeit für eine frauen-

freundliche Stadt. Was vielen Berlinerinnen aber zu recht aufstößt, ist die wei-

Welche Berliner Frauen-Projekte liegen Ihnen derzeit besonders am Herzen?

Die Vielfalt der Berliner Frauenprojekte ist gleichzeitig ihre Stärke. Ob es um Fragen des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Anti-Gewalt-Arbeit oder der Kultur geht: In den vielen Projekten zeigt sich die Kreativität, aber auch der Bedarf für jene Angebote, die an der Lebensrealität von Frauen ansetzen. Da ist es fast unmöglich, eines herauszuheben. Mit Blick auf die Weltfrauenkonferenz in Peking halte ich die Geltung und Einhaltung der Menschenrechte für Frauen – mit allen Konsequenzen für Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung – nach wie vor für zentral.

Frauen stärken – Familien entlasten

Neue familien- und arbeitspolitische Maßnahmen sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern

Man liest nun öfter von ihr: der gestressten Generation. Sie sind zwischen 35 und 45 Jahren jung, stehen mitten im Leben und jonglieren zwischen Beruf, Kindern oder immer öfter auch den pflegebedürftigen Angehörigen.

1,7 Millionen Familien mit unter dreijährigen Kindern leben in Deutschland. Mütter mit Kindern unter 18 Jahren sagen laut einer aktuellen Studie: Die Familie und der Beruf sind für mich nicht gut miteinander vereinbar. Oft ist dann von dem Bedürfnis nach „Zeitsouveränität“ oder einer „familienbewussten Arbeitszeitkultur“ die Rede.

In der Tat ist es so, dass Unternehmen und Institutionen umdenken. Angestoßen wird diese Debatte vor allem durch das SPD-geführte Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder. Flankiert werden die Gesetzesinitiativen aus dem Haus der Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) vom Arbeits- und Sozialministerium unter Leitung einer weiteren Sozialdemokratin, Andrea Nahles.

Gleiche Chancen im Berufsleben

Beide Ministerien entwickeln Strategien und Maßnahmen, um Familien stärker zu entlasten und Frauen gezielter zu unterstützen. Das ist und bleibt auch heute noch dringend nötig, denn Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 22 Prozent weniger pro Stunde als ihre männlichen



Für Frauen ist es ungleich schwieriger als für Männer, im Beruf voran zu kommen und genug Zeit für die Familie zu haben.

Foto: fotolia.com - drubig-photo

Kollegen. Sie sind häufiger in unsicheren und schlechter bezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt und arbeiten häufiger – oft wegen der Kinder – in Teilzeit. All dies wirkt sich massiv auf die Altersvorsorge der Frauen aus. Ganz besonders prekär wird es dann, wenn Frauen dazu gezwungen sind, Hauptnährerinnen zu sein.

Die Situation alleinerziehender Mütter oder Väter ist auch heute noch besonders schwierig. Man sagt: Setzt eine Mutter länger als zwei Jahre nach der Geburt aus und arbeitet danach in Teilzeit, holt sie den Einkommensunterschied zum männlichen Pendant in ihrer Berufsbiographie kaum noch auf. Damit das nicht geschieht, muss eines klar sein: Es geht nicht ohne Partnerschaft auf Augenhöhe und, die Politik muss da

Verbesserungen schaffen, wo die Übergänge im Erwerbsleben stattfinden.

Mehr Zeit für die Kinder

Gleichberechtigung in der Partnerschaft ist für viele Männer heute kein Fremdwort mehr: Auch sie wollen sich stärker in die Erziehung ihrer Kinder einbringen. Nicht wenige nehmen Elternzeit und tragen damit aktiv zu einem Mentalitätswechsel bei. Auch sie müssen später den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen.

Ein Recht auf Teilzeit nach der Elternzeit gibt es schon länger, doch nun wollen die SPD-geführten Ministerien das Rückkehrrecht auf Vollzeitstellen in den Blick nehmen. Bis 2016 soll es dazu eine gesetzliche Regelung geben. Insbesondere Frauen sollen nicht ungewollt in die Teilzeitfalle rutschen. Das ElterngeldPlus gilt für

Eltern, deren Kinder ab dem 1. Juli 2015 geboren werden. dadurch wird es dem Vater und der Mutter ermöglicht, die Erziehungsarbeit gleichberechtigt aufzuteilen und den Beruf weiter auszuüben. Eltern, die nach der Geburt des Kindes in Teilzeit arbeiten, können die Bezugszeit des Elterngeldes verlängern. Arbeiten beide Partner für vier Monate parallel und zwischen 25 bis 30 Wochenstunden, erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate. Auch Alleinerziehende können ElterngeldPlus im gleichen Maße nutzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen entscheidet ganz wesentlich über die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Zudem werden mehr Unterstützungs- und Förderungsangebote für Allein-

erziehende bei der Jobsuche angeboten. Die Anhebung des Steuerentlastungsbeitrags sowie des Kindergeldes ist ein weiteres Mittel, das auch den stark beanspruchten Alleinerziehenden zugutekommen wird.

Höhere Flexibilität bei Pflegebedürftigkeit

Wenn ein Angehöriger gepflegt werden muss, ist das oft eine Belastung für die ganze Familie. Von den 2,6 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden mehr als ein Drittel zuhause gepflegt. Ist ein Angehöriger akut pflegebedürftig, kann der Arbeitnehmer bis zu 10 Tage freinehmen. In dieser Zeit hat er Anspruch auf ein Pflegeunterstützungsgeld, das die Pflegeversicherung des Angehörigen zahlt.

In den meisten Fällen jedoch heißt Pflege Langzeitbetreuung. Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer können sich bis zu sechs Monate ganz oder teilweise freistellen lassen. Seit 1. Januar 2015 können Angehörige ihre Arbeitszeit auch zwei Jahre lang auf bis zu 15 Stunden reduzieren und ein zinsloses Darlehen in Anspruch nehmen.

Zusammenhalt stärken

Sowohl das ElterngeldPlus als auch die Familienpflegezeit unterstützen Familien dabei, sich nicht zwischen Beruf und Kindern / Pflegebedürftigen entscheiden oder aufreiben zu müssen. Beide Maßnahmen stärken den Zusammenhalt in der Familie und damit auch in unserer Gesellschaft.

Doch was ist eigentlich mit den 22 Prozent Lohngefälle zwischen Mann und Frau und den gleichen Karrierechancen? Auch hier ist – für das Jahr 2016 – einiges in Planung. So wird an einem Gesetz gearbeitet, das Unternehmen ab 500 Mitarbeitern dazu zwingt, das bei ihnen bestehende Lohngefälle offenzulegen. Schon durchgesetzt ist die Regelung der Verteilung der Aufsichtsratsposten in den 100 größten börsennotierten Unternehmen. Mindestens 30 Prozent der Sitze müssen mit Frauen besetzt sein. Erfüllen sie diese Vorgaben nicht, bleiben die Stühle unbesetzt.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein gutes Stück vorangekommen, aber es bleibt dennoch viel zu tun – hier in Deutschland und weltweit.

Josephine Steffen

MELDUNGEN

HILFE FÜR START-UPS

Berliner Start-ups aus der Technologie- und Kreativwirtschaft können auf mehr Unterstützung in der Aufbau- und Expansionsphase hoffen.

Dazu werden zwei Fonds mit europäischen Fördermitteln und Eigenmitteln der landeseigenen Investitionsbank Berlin (IBB) aufgestockt. Insgesamt stehen so 100 Millionen Euro an Wagniskapital zur Verfügung. Rund 80 Unternehmen können damit erstmalig finanziert werden, bei rund 30 Start-ups soll die Finanzierung fortgesetzt werden. Etwa 1.000 neue Arbeitsplätze sollen so entstehen und mehr als 300 gesichert werden.

MEHR SELBSTANZEIGEN

Der Ankauf von „Steuer-CDs“, das Hoeneß-Verfahren und neue gesetzliche Regelungen zum 1. Januar 2015 haben im letzten Jahr zu zahlreichen Selbstanzeigen von Steuerbetrüggern geführt.

Für 2014 meldeten die Finanzbehörden 1.272 Selbstanzeigen. Das ist etwa ein Viertel mehr als im Jahr davor und eine Vervierfachung gegenüber 2012. Seit 2010 flossen aufgrund der Selbstanzeigen rund 196 Millionen Euro in die Landeskasse, allein 60 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Hier ist die Bearbeitung allerdings noch nicht abgeschlossen, mehr als 50 Selbstanzeigen gingen noch in den letzten Dezember tagen ein.

Seit 1. Januar gilt eine verschärfte Regelung bei Selbstanzeigen. Mussten bis dahin für Beträge bis 50.000 Euro nur die geschuldeten Steuern, aber keine Strafen gezahlt werden, liegt die Grenze jetzt bei 25.000 Euro. Je nach Höhe des hinterzogenen Betrags gelten unterschiedlich gestaffelte Strafzahlungen.

TOURISMUS-REKORD

Das Interesse der Touristen an Berlin ist erneut gewachsen.

2014 kamen 11,9 Millionen Gäste in die Stadt, ein Plus von 4,8 % gegenüber 2013. Es gab 28,7 Millionen Übernachtungen – plus 6,5 %. Rund 4,5 Millionen Touristen kamen aus dem Ausland, vor allem aus Großbritannien, den USA und Italien. Die stärkste Zunahme wurde bei den Gästen aus Südkorea registriert. Der Tourismus bleibt damit eine der wichtigsten Einnahmequellen Berlins.

Mit Nachhaltigkeit und Bescheidenheit

Olympia-Bewerbung: Spannung vor der DOSB-Entscheidung

Wie steht es um die Olympiabegeisterung in den beiden Bewerberstädten Hamburg und Berlin? Der Olympische Sportbund (DOSB) dürfte es in diesen Tagen genauer wissen. Ende Februar ließ er telefonische Befragungen in beiden Städten durchführen, deren Ergebnis mit in die Entscheidung für eine der beiden Städte am 21. März einfließt.

Im Februar hatten Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und die Initiatoren der Kampagne „Das lebendige Olympische Band“ rund 100.000 Unterschriften von Befürwortern einer Berliner Olympiabewerbung 2024/28 an den DOSB übergeben.

Auch Berlins Kreativszene hat sich gemeinsam mit Kulturstaatssekretär Tim Renner mit der Olympiabewerbung befasst. In einem Papier beschreiben die Kreativen, wie sie sich Olympische Spiele im Gegensatz zu den missbrauchten Spielen des Jahres 1936 vorstellen:



Mit einem angestrahnten Brandenburger Tor warb der Senat für die Spiele in Berlin

„Heute ist Berlin eine junge und internationale Stadt, der Vielfalt, der Freiheit, der unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe. Der olympische und paralympische Gedanke wird hier schon gelebt. Berlin ist auch eine Stadt, die sich

Gedanken macht, über die Schere zwischen Arm und Reich, über Gentrifizierung, über nachhaltiges Leben, ... Wenn Olympia nach Berlin kommt, dann wollen wir nicht bespielt werden, sondern mitspielen: mit unserer Kreativität, mit unserer Vielfalt, mit unseren Fragen.“

Der Präsident des Landesportbundes, Klaus Böger, ist fest davon überzeugt, dass nur Berlin für Deutschland mit Chancen antreten kann. Dazu komme ein nachhaltiges Konzept: „Wir haben bekanntermaßen 70 bis 80 Prozent der Sportstätten und ein hochfunktionie-

rendes Olympiastadion, das gerade einen grünen Award bekommen hat.“

„Die Herausforderung der Spiele setzt politisch und gesellschaftlich Energien und kreative Kräfte frei, die ansonsten in den Mühen des Alltags oftmals brach liegen“, stellt Böger fest. „Das wird der Stadt, dem Land und dem Sport in Deutschland gut tun.“ Und damit käme auch Geld in die Stadt, das Berlin sonst nicht hätte: Geld für die Instandsetzung von Sportstätten, den Verkehr, aber auch den Wohnungsbau – in Form eines Olympischen Dorfes. Arbeitssenatorin Dilek Kolat rechnet mit 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Falle einer erfolgreichen Bewerbung.

Entscheidet sich der DOSB für Berlins Reformkonzept mit weltoffenen, nachhaltigen und bescheidenen Spielen, dann haben die Berlinerinnen und Berliner das letzte Wort: Am 13. September findet eine landesweite Befragung statt. *uh*

Doppel-Erfolg beim Haushalt

Berlin investiert und zahlt Schulden zurück

Neue U-Bahnzüge für die BVG, zwei neue Multifunktionsbäder – eines an der Wolfshagener Straße in Pankow und eines am Mariendorfer Ankogelweg sowie Sanierungen in Schulen und Sportstätten, fünf neue Kitas: Berlin investiert wieder.

Dabei geht es, so sagt Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, um „ganz konkrete Einzelprojekte, die in sich abgeschlossen sind und zügig begonnen und umgesetzt werden können“.

Genutzt wird dafür die Hälfte der Haushaltsüberschüsse Berlins aus dem

vergangenen Jahr. Das sind 438 Millionen Euro. Ge-regelt ist das in einem Gesetz, mit dem vor allem die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wieder Investitionen in die wachsende Stadt ermöglichen wollte. Kollatz-Ahnen: „Wir geben nur aus, was wir haben.“ Die andere Hälfte der Überschüsse fließt in den Schuldenabbau. Seit 2007 hat Berlin rund zwei Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt. Damit sinkt die Zinsbelastung weiter.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU kündigten inzwischen an, die

Investitionsmittel um einen weiteren Millionenbetrag durch teilweise Auflösung der BER-Rücklage aufstocken zu wollen. Damit sollen vor allem die Bezirke besser ausgestattet werden.

Die einzelnen Projekte werden nach der Beschlussfassung im Senat im Abgeordnetenhaus beraten, im April soll ein entsprechender Nachtragshaushalt beschlossen werden. Dann wird es schnell um die Auftragsvergabe gehen.

Mehr als 50 Millionen Euro sollen in die Sanierungsarbeiten an den Charité-Standorten im Wedding



Freut sich über den Haushaltsüberschuss aus 2014: Berlins neuer Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen.

Foto: Privat

und in Steglitz fließen. Ein ebenso hoher Betrag entfällt auf drei Vivantes-Standorte sowie vier weitere Kliniken. Mit sieben neuen U-Bahnzügen für knapp 60 Millionen Euro wird den steigenden Fahrgastzahlen bei den Berliner Verkehrsbetrieben Rechnung getragen.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro gibt es für Kitas und Schulen. Saniert werden auch mehrere Polizei-Einrichtungen. Dem Bildungsbereich stehen zudem weitere 67 Millionen Euro aus frei werdenden Bafög-Mitteln zur Verfügung. *U. H.*

Europäische Standards sichern

Freihandelsabkommen TTIP und CETA nur mit klaren Bedingungen

Aktuell verhandelt die Europäische Union mit den USA über das Freihandelsabkommen TTIP. Ein entsprechendes Abkommen mit Kanada – CETA – ist bereits weitgehend fertig und muss nun noch ratifiziert werden.

Die SPD ist grundsätzlich für freien Handel, denn von unserer starken Exportwirtschaft hängen unser Wohlstand und viele Arbeitsplätze ab. „Doch TTIP und CETA dürfen nicht dazu führen, dass unsere deutschen und europäischen Standards beim Verbraucherschutz, beim Umweltschutz und bei Arbeitnehmerrechten gefährdet werden“, erklärt der Vorsitzende der Berliner SPD



Freihandel ja – aber nicht um jeden Preis: Jan Stöß, Vorsitzender Berliner SPD

Foto: Horb

Jan Stöß. Die SPD hat deshalb auf ihrem Parteikonvent – einem kleinen Bundesparteitag – klare Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, bevor die SPD in den Parlamenten und in der Bundesregierung

den beiden Abkommen zustimmt.

Neben den genannten Standards sieht die SPD den vorgesehenen sogenannten Investorenschutz kritisch, bei dem Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten

den Staat auf Schadensersatz verklagen können, falls ihnen wirtschaftliche Nachteile aufgrund von Gesetzen drohen. Das hält die SPD für unnötig, denn sowohl die EU-Mitglieder als auch Kanada und die USA sind demokratische Rechtsstaaten mit einem funktionierenden Rechtssystem. „Da müssen wir aufpassen, dass da kein paralleles privates Rechtssystem geschaffen wird, das die staatliche Souveränität einschränkt“, warnt Jan Stöß. Auch dürfe bei den Verhandlungen die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in Frage gestellt werden: „Da haben wir in Deutschland eine ganz andere Tradition als in den angelsächsischen Staaten.“

TTIP und CETA dürfen nicht dazu führen, dass öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden müssen oder dass für die Zukunft Rekommunalisierung ausgeschlossen wird.“ Auch im Kulturbereich sieht Jan Stöß noch Klärungsbedarf: „Hier müssten die Finanzierungs- und Förderungsformen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und für Kulturinstitutionen weiterhin möglich bleiben, ebenso die Buchpreisbindung.“

Die SPD wird sich voraussichtlich im Juni erneut auf einem Parteikonvent mit TTIP und CETA befassen. Bis dahin werden die geplanten Abkommen in der Partei intensiv diskutiert. *R. H.*

Das ganze Jahr Karneval der Esskulturen

„Street Food“ in Berlin: Schnelles, leckeres Essen auf die Hand – aber immer frisch zubereitet

Ist es nur eine Mode oder ändert sich die Esskultur in Berlin? Seit nicht einmal zwei Jahren macht ein Begriff die Runde in der Stadt: „Street Food“. Essen vom Imbisswagen oder -stand. Haben wir doch längst, werden manche sagen: Currywurstbuden, Dönerimbisse und vieles mehr.

Falsch: Street Food bedeutet nicht, Bratwurst vom Großhandel auf den Grill zu legen oder fertige Dönerspieße vom türkischen Großmetzger drehen zu lassen. Street Food wird immer frisch zubereitet, ist sozusagen „richtige“ Küche ohne Restaurant.

Street Food gibt es überall auf der Welt: Von den Garküchen am Straßenrand in Ostasien über die Tacos-Verkäufer in Lateinamerika, die Couscous-Stände in Nordafrika, die Trippa-Buden mit ihren Kutteln in Florenz bis zu den Fischbuden an der Nordsee. Und da Berlin heute eine Stadt ist, in der Menschen aus



„La Tortilla Atomica“ nennt sich diese Gruppe, die jeden Donnerstag in der „Markthalle Neun“ mexikanische Gerichte zubereitet. Sie ist aus Studierenden der TU entstanden.

Foto: Ulrich Rosenbaum

aller Herren Länder leben und sich präsentieren, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Welle die Spree erreichte.

Den Anfang nahm alles mal wieder in der Markthalle Neun in Kreuzberg, der kulinarischen Ideenschmiede. Hier gibt es seit

einiger Zeit jeden Donnerstag ab 17 Uhr den „Street Food Thursday“. Schnell waren die Nachahmer zur Stelle: In der „Neuen Heimat“ auf dem RAW-Gelände neben dem Bahnhof Warschauer Brücke dampft es jeden Sonntag ab 12 Uhr an den multikulturellen Ess-Sta-

tionen. Auch der Bite Club veranstaltet hin und wieder Street-Food-Events, und seit 2014 hat Berlinale-Chef Dieter Kosslick Street Food entdeckt: Dieses Jahr standen zum zweiten Mal fünf Imbisswagen gegenüber dem Berlinale-Palast.

Die meisten Wagen und

Stände findet man nach wie vor in der Markthalle Neun, wo sich donnerstags bis zu 10.000 Besucher drängeln. Hier gibt es auch die größte Vielfalt, und so manchen Anbieter sieht man auch bei den anderen Events. Oft sind es Studenten oder Migranten aus aller Herren

Länder, die sich hier eine Existenz aufbauen, indem sie die Küche ihrer Heimat vorzeigen.

„Tortilla Atomica“ zum Beispiel wurde von mexikanischen Studierenden der TU Berlin gegründet und bietet gefüllte Teigfladen und anderes aus der Heimat an. Ähnlich „Maria Maria Arepa“ aus Venezuela. Es gibt einen Stand mit Bulgogi-Burgern aus Korea – hergestellt mit mariniertem Fleisch. Ein Japaner zieht auf kunstvolle Art Nudeln für die Nudelsuppe. Vietnamesen zeigen, dass ihre wahre Heimatküche etwas anderes ist als das, was man von Asia-Imbissen kennt. Es gibt afrikanische Spezialitäten, aber auch ein paar deutsche Anbieter wie Lüske aus Lichterfelde mit frisch zubereiteten Wildgerichten. Selbst Anbieter von Veggie-Gerichten gibt es bereits.

Allerdings: Für Billigesser ist Streetfood keine Alternative. Denn gutes Genuss-Handwerk hat seinen Preis.

Ulrich Rosenbaum

Der Scheinwelt-Architekt Tage der Befreiung

Wie Ken Adam Raum für James Bond oder Dr. Seltsam schuf



Entwurf zu „Blofeld's Volcano Lair“ für den Bond-Film „You only live twice“ aus dem Jahr 1967.

© Sir Ken Adam / Quelle: Deutsche Kinemathek – Ken Adam Archiv

Kühles futuristisches Ambiente mit scheinbar frei schwebenden Ebenen, Uniformierte wirken darin wie Ameisen – hier braut sich das Unheil gegen den Rest der Welt zusammen. Fast „Willkommen, Mr. Bond!“ Man kennt die Szenerie, die bald Schauplatz eines furiosen Action-Finales wird. Der Baumeister für das Böse der sieben Bond-Filme ist ein Mann, der einer spektakulären Filmstory zu Beginn mit perspektivischen Linien ein Zuhause gibt. Man nennt ihn in Filmkreisen „Production Designer“. Willkommen in Berlin, Mr. Adam!

Das Museum für Film und Fernsehen am Potsdamer Platz zeigt einen beeindruckenden Querschnitt des Schaffens von Ken Adam – wie zum Beispiel die Entwürfe der viktorianischen Salons für Sherlock Holmes, das schräge Wohndomi-

zil der schrecklichen Adams-Family, den Palast des letzten chinesischen Kaisers und nicht zuletzt die Film-Sets von 007.

Seinen künstlerischen Durchbruch schaffte Adam mit dem „War-Room“ im Film von Stanley Kubrick „Dr. Seltsam oder wie ich die Bombe lieben lernte“. Mit seinen Entwürfen für einige Dutzend Filme von Weltgeltung war es ihm gelungen, die Emotionen der Filmstory auf das Ambiente zu übertragen. Adam wurde mit zwei Oscars für Filmausstattungen ausgezeichnet und erhielt einen Stern auf dem Boulevard der Stars in Berlin.

Ken Adam hat sein dokumentiertes künstlerisches Schaffen 2012 der Deutschen Kinemathek übergeben, die diese Ausstellung ermöglicht hat. Ken Adam hat Berliner Wurzeln. Er wurde 1921 als Klaus Hugo

Adam, Sohn eines jüdischen Textilkaufmanns, in Berlin geboren, besuchte das französische Gymnasium und befasste sich als Kind mit der bildenden Kunst. Sein ältester Bruder drängte die Familie 1934 dazu, Hitler-Deutschland zu verlassen und nach Großbritannien zu gehen. In London studierte Ken (Klaus) Adam Architektur, arbeitete in Architekturbüros und entwarf ab den frühen 1950er Jahren Szenenbilder für Filmproduktionen. Mit großem Erfolg.

Die Ausstellung „Ken Adam's Film Design“ ist bis zum 17. Mai 2015 in der Deutschen Kinemathek, Museum für Film und Fernsehen, Potsdamer Straße 2, zu sehen. Geöffnet Dienstag – Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt 5 Euro.

Nach der Ausstellung ist sein Wirken auf www.ken-adam-archiv.de zu sehen.

Gunter Lange

Cornelius Ryans Schilderung der letzten Kriegstage in einer Neuauflage erschienen

Es ist die Geschichte weniger Tage und zugleich die des Endes einer mörderischen Diktatur. Am Montag, dem 16. April um 4 Uhr morgens startete die Rote Armee ihren Angriff auf Berlin, am 2. Mai ergaben sich die letzten deutschen Verbände in der Hauptstadt. Cornelius Ryan, im Zweiten Weltkrieg Kriegsberichterstatter für den Londoner Daily Telegraph, hat diesen „Letzten Kampf“ um Berlin in einem 1966 erschienenen Buch nachgezeichnet. 70 Jahre nach Kriegsende liegt es jetzt in einer Neuauflage wieder vor.

Als „historische Collage mit den Zügen eines packenden Tatsachenromans“ beschreibt der Historiker Johannes Hürter das Buch in seinem Vorwort. Grundlage Ryans, dessen eindringliche Kriegsschilderungen „Der längste Tag“ (1959) und „Die Brücke von Arnheim“ (1974) verfilmt wurden, war eine umfangreiche Materialsammlung mit 969 schriftlichen Befragungen und 172 Zeitzeugeninterviews, mit der Auswertung von Tagebüchern, Militärakten und Briefen. Entstanden ist jedoch keine historische Arbeit, sondern ein Mosaik sehr persönlich gezeichneter Schicksale aus den Machtzentren genauso wie aus dem Alltag in Berlin. Sie geben einen Einblick in das Leben in der durch Bombenangriffe weitgehend zerstörten Stadt, in der dennoch die Bahnen fahren, die

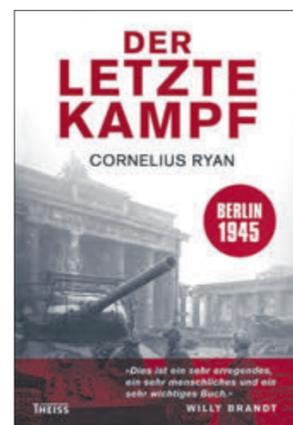
Milch ausgefahren und die Post zugestellt wird, in der Menschen in Verstecken die Befreiung herbeisehnen, Jugendliche in die letzten Kämpfe geschickt werden und Frauen in Sorge um ihr Leben und das ihrer Kinder das Ende der Kämpfe erwarten.

Ryan schildert die militärischen Überlegungen in den Stäben, den Vormarsch der Alliierten, die Frage, ob amerikanische, britische oder russische Truppen zuerst die deutsche Hauptstadt erreichen. Der amerikanische Oberbefehlshaber Eisenhower entscheidet, wohl auch über den Kopf der Briten hinweg, dass Berlin kein besonders wichtiges Ziel

mehr ist“, sondern „nichts weiter als ein geographischer Ort“. Auch für Hitler bedeutet es nichts weiter, er gibt dem zur Verteidigung eingesetzten Kampfkommandanten Reymann den Befehl, Brücken und wichtige Gebäude in der Innenstadt zu zerstören, um einen Vormarsch zu behindern, ein Befehl, der nur unvollständig befolgt wird. Wohl über 150.000 Zivilisten sterben in den letzten Kriegstagen in Berlin, die sowjetischen Stellen geben die Zahl ihrer gefallenen Soldaten mit über 100.000 an. Opfer für die Befreiung von einer mörderischen Diktatur.

Geschrieben wurde das Buch in der Hochphase des Kalten Kriegs, was sich in der Dramaturgie Ryans, aber auch in der unterschwelligen Wertung der westalliierten gegenüber den sowjetischen Soldaten und Offizieren niederschlägt. Die Lektüre, so der Historiker Hürter, setze den „kritischen, informierten Leser“ voraus. Der findet darin dann eine Fülle von Details und Erlebnissen, ohne sich jeder Wertung anschließen zu müssen. Und er findet Willy Brandts Mahnung im Vorwort zur Erstausgabe 1966: „Wer miterlebt und mitemtschieden hat, wie die größte Trümmerwüste in diesem Teil der Welt mit neuem Leben erfüllt wurde, der muss hoffen, dass die Lehren von 1945 – und der Jahre, die dorthin führten – nicht verlorengehen.“

U.H.



Der letzte Kampf, von Cornelius Ryan (Autor), Willy Brandt (Vorwort), Johannes Hürter (Einleitung), gebundene Ausgabe, Konrad Theiss Verlag, Januar 2015, 480 Seiten ISBN-13: 978-3806230260, 29,95 EUR

Gut zu wissen ...

Der Stadtblatt-Service: Tipps zu Bankgebühren, Werbung im Netz, Steuern, Masern-Impfung und Mietrecht



Papiergebundene Überweisungen: Viele Banken wollen dafür zusätzliche Gebühren nehmen. Foto: fotolia.com · Denis Junker

BANKGEBÜHREN

Viele Banken verlangen von ihren Kunden neuerdings Gebühren für jede einzelne Überweisung, die nicht online erfolgt.

Dies trifft vor allem ältere Kundinnen und Kunden und Personen mit geringem Einkommen. „Das Einreichen einer bestimmten Anzahl von Papier-Überweisungen sollte für alle kostenlos sein“, fordert die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß. „Insbesondere ältere Kunden haben oft keinen Internetanschluss oder tun sich schwer ihre Überweisungen an den Automaten der Filialen selbst einzugeben.“

Derzeit hilft nur ein Vergleich der verschiedenen Kontenarten. So kann es günstiger sein, eine monatliche Kontoführungsgebühr

in Kauf zu nehmen, statt für jede Papier-Überweisung einzeln zu zahlen. Möglich ist auch der Wechsel zu einer Bank, die noch keine solchen Gebühren erhebt.

ONLINE-WERBUNG

Viele kennen das: Da hat man gerade bei einer Online-Apotheke nach Gripemitteln gesucht – und schon wimmelt es auf Facebook vor Werbung für Taschentücher.

Manchmal gibt solche personalisierte Werbung im Internet interessante Anregungen, aber nicht immer ist sie erwünscht. Facebook-Nutzer stimmten bei der jüngsten Änderung der Datenschutzrichtlinie sogar ausdrücklich der Auswertung ihrer Internetnutzung durch das soziale Netzwerk zu. Dennoch haben auch sie eine Möglichkeit, solche

nutzungsorientierte Online-Werbung auf der Seite www.youronlinechoices.com – unter „Präferenzmanagement“ – auszuschalten. Dabei wird auf dem PC des Nutzers ein „Cookie“, eine kleine Textinformation, abgelegt, der die Rückmeldung der besuchten Seiten verhindert. Solche Cookies, die über den Internetbrowser auf den PC wandern, liefern auch die Informationen für die Werbefirmen.

STEUERERKLÄRUNG

Am 31. Mai 2015 läuft die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für das Jahr 2014 ab.

Verpflichtet zur Steuererklärung sind u.a. alle ArbeitnehmerInnen, die einen Freibetrag für den Lohnsteuerabzug beantragt haben oder die zusätzliche Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit haben. Zudem müssen berufstätige Ehe-

paare eine Erklärung abgeben, wenn einer von beiden die Steuerklasse V oder VI hat.

Einige Änderungen sind für 2014 zu berücksichtigen. So gilt ein neuer Grundfreibetrag von 8.354 Euro, neue Pauschalen bei den Reisekosten und – sofern mehrere Arbeitsstätten vorhanden sind – die Festlegung auf eine erste Tätigkeitsstätte, für die die Entfernungspauschale gilt. Für andere Tätigkeitsstätten können Reisekosten abgesetzt werden.

Steuerlich anerkannt wird jetzt auch eine Basis- bzw. Rürup-Rente, die Berufsunfähigkeit oder verminderte Erwerbsfähigkeit absichert, sofern im Ernstfall eine lebenslange Rente gezahlt wird.

Die Steuererklärung kann online ausgefüllt werden. Neben handelsüblichen Programmen gibt es dazu die Elsterformulare auf <https://www.elsteronline.de>.



Steuererklärung für das Jahr 2014: Die Änderungen kommen vielen Berufstätigen zugute. Foto: fotolia.com · jovanmadic



Kleiner Pieks, große Wirkung: Das Impfrisiko ist deutlich niedriger als das Risiko im Krankheitsfall. Foto: fotolia.com · rdnl

IMPFGUNG GEGEN MASERN

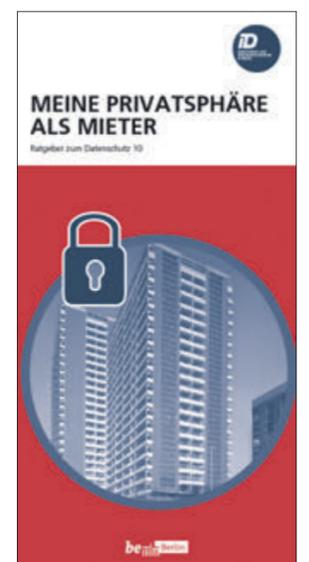
Seit Oktober vergangenen Jahres treten in Berlin gehäuft Fälle von Masern auf.

Allein in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres wurden über 360 Fälle gemeldet. Mehr als die Hälfte der Erkrankungen in Deutschland betreffen heute Jugendliche über 10 Jahren und Erwachsene, denen der Impfschutz fehlt.

Da es sich um eine hoch ansteckende Krankheit handelt, empfiehlt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung allen nach 1970 geborenen Erwachsenen eine Masernimpfung, sofern sie bislang nicht oder in der Kindheit nur einmal geimpft wurden. Kleinkinder sollten zwischen dem 11. und 14. Monat das erste Mal und vier Wochen später ein zweites Mal geimpft werden.

DATENSCHUTZ FÜR MIETER

Welche persönlichen Daten müssen Mieterinnen und Mieter preisgeben, wenn sie sich um eine Wohnung bewerben? Wen muss ein Mieter in die Wohnung lassen? Wie steht es um den Einbau von Videoüberwachungsanlagen in Mehrfamilienhäusern?



Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 10 BÜCHER ZUR GESCHICHTE BERLINS

WAAGERECHT

UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- Maß dafür, wie sauer oder basisch eine wässrige Lösung ist
- glatt bis zum Hinfallen

- (Knochen)fisch des Jahres 2011
- SPD-Politikerin und erste Oberbürgermeisterin Berlins
- Wüstenwunder

- Berlinerin, die Berlin einst Sommersprossen verpasste
- Berliner Senatorin und Bürgermeisterin
- Pingeligkeit

9. Buchstabe des griechischen Alphabets
- Pferdegangart
- chemisches Element mit der Ordnungszahl 67
- Lobhudelei
- wenn Wild weidet
- Biosphärenturm mitten im Amazonas-Regenwald
- Fassungsvermögen, aber auch Top-Expertin
- gertenschlanker Andenstaat
- hier steht und liegt was rum
- Avantgarde auf deutsch

SENKRECHT

UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- Backenzahn im Gebiss der Säugetiere
- leblos, totenstarr
- Einschlagkrater bei Nördlingen
- galant geht anders erstarrt
- viel zu schnell zu Werke gehen
- Grundbestandteil des Bieres
- Blattdroge, vom Propheten Mohammed empfohlen
- Dolmetscher
- berühmte Berlinerin, begraben in Friedenuar
- wenn der Mann nicht mehr kann derzeit unbeliebt bei Griechen

- laut, bunt und auffällig
- Musikpreis, der in Berlin verliehen wird

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine Bezeichnung eines Sonntags im März, der an Gleichberechtigung erinnert.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 13. April 2015 per Post an: Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin oder per E-Mail an: raetsel@berliner-stadtblatt.de Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Bücher zur Geschichte Berlins. JoS / U.H.

IMPRESSUM

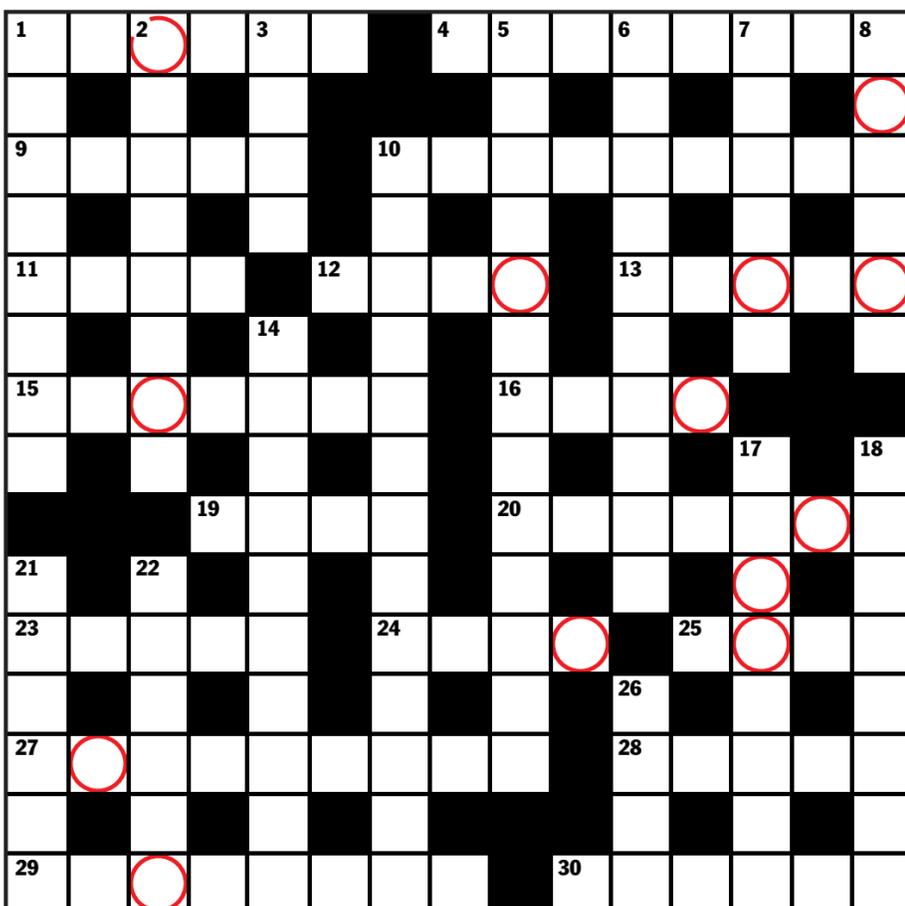
Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner (V.i.S.d.P.), Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel



Auf diese und weitere Fragen gibt ein neu erscheinender Ratgeber Auskunft, der vom Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Alexander Dix, und dem Berliner Mieterverein herausgegeben wurde. So geht einen Vermieter beispielsweise ein möglicher Kinderwunsch seiner Mieter ebenso wenig etwas an wie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Und Videoüberwachung findet da ihre Grenzen, wo der Mieter seine Wohnung nicht mehr unbeobachtet verlassen und betreten kann.

Die Broschüre ist kostenlos beim Berliner Mieterverein und beim Berliner Datenschutzbeauftragten erhältlich. Sie kann auch im Internet abgerufen werden: berliner-mieterverein.de und datenschutz-berlin.de

Fortsetzung von „Treptow-Köpenick investiert“ (Titelseite)

In der bezirklichen Investitionsplanung sind folgende Baumaßnahmen 2015-19 ausgewiesen: Ausbau und Erweiterung der Hans-Grade-Schule in Johannisthal zu einer 4-zügigen Sekundarschule inkl. Mehrzweckgebäude/Aula, Komplettsanierung und Umbau zur Wiedereröffnung des Schulstandortes in der Stillerzeile in Hirschgarten, Erweiterung der Melli-Beeze-Schule in Johannisthal zu einer 3-zügigen Grundschule, Errichtung eines Schulergänzungsbaus in der Wendenschloß-Schule, Neubau eines Mehrzweck-/Aularaumes und Einbau eines Aufzugs in die Sporthalle der Friedrichshager Schule, Neubau eines Mehrzweckraums/Mensa für die Merian-Schule in Köpenick und Neubau einer Sporthalle in der Altglienicker Anne-Frank-Schule.

Das Bezirksamt hat zudem Anträge beim Senat für das neue Schul toilet-

tensanierungsprogramm und das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm gestellt.

Investitionen in Straßen 2015-2019

Die Bauarbeiten beim sogenannten Bohnsdorfer Kreis am S-Bhf. Grünau sollen 2015 beginnen und die Verkehrssituation übersichtlicher und sicherer gestalten. In Niederschöneweide ist auf dem ehemaligen BM-HW-Gelände eine Erschließungsstraße geplant.

Im Rahmen der Lärminderungsplanung ist der Umbau der Baumschulenstraße und der Edisonstraße/Siemensstraße in Oberschöneweide vorgesehen, jedoch kann dies erst nach der Fertigstellung der Süd-Ost-Verbindung erfolgen.

Die Ost-West-Trasse zwischen der Alten Försterei und der Mahlsdorfer Straße ist die größte Baumaßnahme, jedoch sind die Planungen noch nicht so weit, dass ein Zeithorizont für den Bau dieser neuen Verbindungsstraße sichtbar ist.

Gleiches gilt für die geplante Wilhelminenhofbrücke.

In vielen, teilweise auch kleineren Straßen, sind grundlegende Sanierungen und insbesondere der Einbau einer Entwässerung notwendig. Baumaßnahmen sind geplant in der Paradiesstraße, Am Wiesenrain, Am Mühlenfließ, Gilgenburger Straße, Guntherstraße, Grüne Trift, Verlängerte Werderstraße, Normanenstraße, Germanenstraße, Rudower Straße (Altglienicke), Friedenstraße, Am Damm, Brösener Straße, Schulzendorfer Straße und Müllroser Straße.

Investitionen in Grünanlagen und Friedhöfe 2015-2019

Die Sanierung des Treptower Parks ist das größte Bauvorhaben, Baubeginn ist im Frühjahr 2015. Die Sanierung der Grünanlage mit dem denkmalgeschützten Fischerbrunnen vor dem Rathaus Treptow ist 2018/19 angedacht.

Im Laufe der Jahre hat sich der Zustand der Wege in vielen Grünanlagen ver-

schlechtert und die Sanierung kann nicht aus dem laufenden Mitteln finanziert werden. Insbesondere in den Grünanlagen Rodelbergweg, Wuhleweg und Bellevuepark sind Sanierungen der Wege geplant. Die Sanierung der Grünanlage Ladenpassage Siriusstraße ist abhängig von der Investition in das benachbarte Einkaufszentrum, daher eine Kofinanzierung angedacht ist.

Investitionen in die Friedhöfe sind erst ab 2018/19 möglich. Es ist eine Sanierung der denkmalgeschützten Urnenanlage neben dem Krematorium Baumschulenweg sowie Wegneubau in den Friedhöfen Oberschöneweide und Müggelheim vorgesehen.

Neubau und Neuausstattung der Spielplätze

Für 2015 stehen 206.000 Euro aus dem Sonderprogramm des Berliner Abgeordnetenhauses „Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm“ zur Verfügung. Geplant sind neue Spielgeräte für die Spielplätze

Schönefelder Chaussee 213 (Altglienicke), Luisenstraße (Kietz), Isingstraße (Alt-Treptow), Porzer Straße (Altglienicke) und Griechische Allee (Oberschöneweide). Darüber hinaus soll aus diesem Programm die Erweiterung des Kleinkinderbereichs des Spielplatzes Wassermann-/Büchnerweg in Adlershof finanziert werden.

Aus der bezirklichen Investitionsplanung bzw. über Investoren von großen Wohnungsbauvorhaben werden folgende Spielplätze finanziert: Neubau eines Generationsplatzes in Baumschulenweg (2015), Sanierung des Spielplatzes Anna-Seghers-Straße in Adlershof (ab 2016/17), Neubau eines Generationsplatzes im Maria-Janowski-Park in Köpenick (2017) sowie Neubau von Spielplätzen in der Kasparstraße in Altglienicke und in der Lohmühlenstraße in Alt-Treptow (privat finanziert in Abhängigkeit von Bebauungsplanvorhaben).

Sanierung von Kitas

Zwei Kindertagesstätten werden 2015 aus dem Sonderprogramm des Berliner Abgeordnetenhauses „Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm“ in Treptow-Köpenick saniert. Dem Bezirk stehen aus dem Programm in diesem Jahr mehr als 700.000 Euro zur Verfügung, von denen 200.000 Euro für die Sanierung von Spielplätzen verwendet werden. Für eine halbe Mio. Euro werden die Kita in der Dregerhoffstraße und in der Südostallee 214 saniert. In der Dregerhoffstraße werden Dach, Fassade und Fenster instandgesetzt, die Kinder in der Südostallee können sich über einen Umbau des Küchen- und Sanitärbereiches freuen. „Das bezirkliche Hochbauamt wird die Sanierung in bewährter Weise profitieren. Auch im vergangenen Jahr haben die Mitarbeiter bei der Sanierung schnell und gut gearbeitet“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV) TREPTOW-KÖPENICK

Der wohl wichtigste Beschluss auf der letzten Tagung der BVV am 26. Februar war die Anmeldung der Investitionsplanung 2015-2019 mit einem Volumen von über 110 Millionen Euro.

Darüber hinaus war eine Schiedsperson für den Schiedsbezirk Treptow-Köpenick 1 (Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg) im Rahmen der turnusgemäßen Wahlen zu wählen. Da sich in den letzten Jahren kaum Interessierte fanden hatte das Wahlamt offensiv um Bewerbungen gebeten. Die Kampagne war erfolgreich, es kandidierten über 20 Personen für dieses verantwortungsvolle Ehrenamt. Die Mehrheit entschied sich für Gerald Bothe (Jahrgang 1960), der auch in der Region lebt. In



drei weiteren Schiedsbezirken müssen demnächst Schiedspersonen gewählt werden.

Die BVV beschloss in diesem Monat nur wenige Anträge. So soll sich das Bezirksamt bspw. dafür einsetzen, dass in allen drei Hallenbädern der Berliner Bäderbetriebe – entgegen den aktuellen Entwurf des Bäderkonzeptes 2015 – weiterhin öffentliches Schwimmen zu sozialverträglichen Preisen angeboten wird und die Mittellinse auf der Schönefelder Chaussee / Venusstraße durch Beleuchtung oder

Reflektoren sichtbarer gemacht wird. Viele Vorlagen wurden in die Fachausschüsse überwiesen, so z.B. die Beschlussvorlage für den Bebauungsplan 9-61 VE zum „Makarenko-Quartier“ sowie Initiativen der Fraktionen die bezirklichen Museen bei visitBerlin zu bewerben, den Weltspieltag am 28.05.2015 zu bewerben und den Heidekampgraben insbesondere im Mündungsbereich zu reinigen.

Die nächste Sitzung der BVV findet am 26. März 2015 im Rathaus Treptow statt. Beginn ist um 16:30 Uhr. Bei der Bürgerfragestunde ist es möglich Fragen an das Bezirksamt oder die BVV zu richten. Fragen müssen bis spätestens Montag, dem 23. März, 10 Uhr, beim Büro des BVV-Vorsitzers eingereicht werden.

Verlegung eines Stolpersteins

Vor dem Haus Nummer 9 in der Köpenicker Zepelinstraße wird am 26. März um 15.50 Uhr ein Stolperstein verlegt zur Erinnerung an die Jüdin Else Schierhorn. Die Patenschaft für diesen Stein hat Anne Eichhorst übernommen, eine Bewohnerin am anderen Ende der Zepelinstraße.

Es handelt sich bei dieser Adresse um den letzten frei gewählten Wohnsitz einer Jüdin, die von den Nationalsozialisten am 17.03.1943 mit dem vierten und letzten großen Alterstransport von Berlin nach Theresienstadt deportiert wurde. Die Deportationsliste führt sie als „Geltungsjüdin“, wie Menschen bezeichnet wurden, die per Definition rechtlich als Juden galten. Nach einem halben Jahr Aufenthalt



Mutter Rahle Dierberg, geb. Ries mit ihren Kindern, Else Schierhorn unten links als Vierjährige; Foto: privat

im Lager Theresienstadt wurde Else Schierhorn am 28.10.1944 weiter nach Auschwitz deportiert wo sie zwei Tage später ankam. Danach verliert sich ihre Spur, die in den Tod führte. Dieser Transport war der letzte in das Vernichtungslager Auschwitz vom Lager Theresienstadt aus, das anschlie-

ßend einer zerstörten Stadt mit leeren Häusern und verschmutzten Straßen glich. Diese wenigen Worte umreißen das traurige Schicksal einer Berliner Jüdin unter der Herrschaft der Nationalsozialisten. Trotz umfangreicher Recherchen lässt sich zu ihrem Leben nicht sehr viel mehr sagen.

Kiezkasse 2015 - Entscheiden Sie mit!

Was man zum dritten Mal macht, wird eine Tradition. Und ein Erfolgsmodell. Nachdem 2013 die Kiezkassen eingeführt wurden und sich 2014 gut etabliert hatten, stehen auch 2015 wieder 50.000 Euro zur Verwendung in den Ortsteilen zur Verfügung. Dabei reichen die Mittel von 1.400 Euro im einwohnerärmsten Ortsteil Müggelheim bis 5.200 Euro im bevölkerungsreichen Altglienicke. Kiezkassinnen und -paten und ihre jeweilige Vertretung sowie die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sozialräumlichen Planungsorganisation organisieren und leiten die Versammlungen und stehen für Auskünfte zur



© Frank Ulbricht / pixelio.de

Verfügung. 2014 wurden aus Kiezkassenmitteln angeschafft bzw. finanziert, z.B.: Ortsteil-Feste unter-

schiedlichster Art, Bänke, Kunstprojekte, Fahrradbügel, Schaukästen und Hinweistafeln.

Folgende Kiezkassenversammlungen finden demnächst statt:

Kiezkasse Plänterwald
Dienstag, 17. März, 18 Uhr
im Rathaus Treptow, Raum 118, Neue Krugallee 4
kiezkasse-plaenterwald@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Schmöckwitz
Mittwoch, 25. März, 18 Uhr
in der Schmöckwitzer Insel-Schule, Adlgergestell 776 in 12527
kiezkasse-schmoeckwitz@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Johannisthal
Dienstag, 14. April, 18 Uhr
im Kiezkclub Johannisthal, Sterndamm 102 (Rathaus Johannisthal)
kiezkasse-johannisthal@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Rahnsdorf

Dienstag, 28. April, 18 Uhr
in der Grundschule an den Püttbergen, Fürstenwalder Allee 182
kiezkasse-rahnsdorf@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Grünau

Dienstag, 28. April, 19 Uhr
im Bürgerhaus Grünau, Regattastraße 141 in 12527 Berlin
kiezkasse-gruenau@ba-tk.berlin.de

Weitere Angaben finden Sie auf den Seiten des Bezirksamtes Treptow-Köpenick unter Aktuelles und dann Bürgerbeteiligung.

Ihre SPD-Fraktion teilt gerne mit, wer für Ihren Kiez zuständig ist.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Gabriele Schmitz
(Fraktionsvorsitzende)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Lars Düsterhöft, Oliver Igel, André Rostalski, Gabriele Schmitz, Ralf Thies, Dr. Ursula Walker, Karin Zehrer

KURZMELDUNGEN

**AKTIV FÜRS
KOSMOS-VIERTEL**

Gemeinsam für unseren Kosmos - so heißt das Motto des Senatsförderprojektes für das Altglienicker Kosmos-Viertel. Lassen Sie Ihren „Kosmos“ aufblühen! Haben Sie Lust aktiv bei der Gestaltung des Kosmosviertels mitzuwirken? Dann besuchen Sie uns im neuen „Kosmospunkt“ und die neue Internetseite: www.kosmosviertel-altglienicke.de/Info-Punkt. In diesem Jahr stehen insgesamt 29.000 € zur Verfügung. Aktuell sind folgende Projekte geplant: Picknick XXXXXXXL, Öffentlichkeitsarbeit, Schülerzeitung und Ausbau Infopunkt. Hierfür wird noch Unterstützung benötigt. Kontakt zur Projektgruppe: kontakt@kosmosviertel-altglienicke.de

**REIFENWERK
SCHMÖCKWITZ**

Das Land Berlin hat das ehemalige Berliner Reifenwerk in Schmöckwitz gekauft. Nach der notariellen Beurkundung und der Zustimmung im Vermögensausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses wurde das Land neuer Eigentümer. Das Land Berlin hat das Gelände einem Geschäftsmann abgekauft, der es bei der Zwangsversteigerung erworben hatte. Nun kann die gesamte Fläche endlich beräumt werden. Bis zuletzt wurden giftige Abfälle in den Hallen gelagert, mehrmals brannte es auf dem Gelände. Der Bezirk hat diverse Giftstoffe und andere Gefahrenquellen auf eigene Rechnung beseitigt. Das Gelände soll aufgeforstet und renaturiert werden.

**MEHR SERVICE BEI
DEN BÜRGERÄMTERN**

Seit Ende Februar bieten die Bürgerämter in Treptow-Köpenick neue und erweiterte Sprechzeiten an:

Montag 07.30 - 15 Uhr
 Dienstag 11 - 18 Uhr
 Mittwoch 07.30 - 13 Uhr
 Donnerstag 11 - 19 Uhr
 Freitag 07.30 - 13 Uhr

Bürgeramt I
 im Rathaus Köpenick
 Alt-Köpenick 21
 Info-Telefon: (030) 115,
 Fax: (030) 90297 2845
buergeramt1@ba-tk.berlin.de

Bürgeramt II
 am S-Bhf. Schöneweide
 Michael Brückner Str. 1
 Info-Telefon: (030) 115,
 Fax: (030) 90297 4021
buergeramt2@ba-tk.berlin.de

Wohnen im größten Kinderheim der DDR

Im größten DDR-Heim „A.S. Makarenko“, wo bis zu 600 Kinder und Jugendliche untergebracht waren, sollen bald 249 Wohnungen für etwa 550 Bewohner entstehen. Ein Würzburger Investor beplant, saniert und räumt das inzwischen ihm gehörende Grundstück in der Südostallee 132/134 schon seit einiger Zeit. Das 1952 gebaute Areal steht als Ensemble unter Denkmalschutz und stand ab Ende der 90er Jahre überwiegend leer. Die Gebäude sollen saniert, die Freiflächen weitgehend erhalten und überwiegend autofrei entwickelt

werden. Die 187 Stellplätze werden vor allem außerhalb der historischen Anlage angeordnet. Am östlichen Rand des Ensembles entstehen 2 Neubauten mit insg. 16 Reihenhäusern. Ein Großteil des Areal wurde und wird renaturiert und als Wald entwickelt und der Königsheide zugeordnet. Im Rahmen der Baumaßnahme soll eine Mittelinsel als Querungshilfe auf der Südostallee entstehen, die der Investor finanziert. Der Investor beteiligt sich darüber hinaus finanziell an den Folgekosten für mehr Kita- und Grundschulplätze in Johannisthal.



Ein Großteil der Sanierungsarbeiten bei den denkmalgeschützten Bauten ist bereits erfolgt.

Im letzten Jahr erhielt der Verein „Königsheider Eichhörnchen e.V.“, der die Geschichte des Kinder- und Jugendheims aufarbeitet und ehemalige Heimkinder unterstützt, für das östliche Pfortnerhäuschen einen Nutzungsvertrag zur dauerhaften Einrichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums ab 2016. „Dass der Verein Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommt und das Areal öffentlich zugänglich bleibt, war uns sehr wichtig“, erläutert die SPD-Fraktionsvorsitzende Gabriele Schmitz, „denn es handelt sich bei

dem Areal nicht nur um ein schönes Denkmalensemble im Grünen, sondern um einen Ort, der vielen Kindern eine Heimat war bzw. sein musste und durch die Biografie von Ursula Burkowski in Erinnerung bleiben wird.“ Der Bebauungsplan 9-61 VE steht kurz vor seiner Festsetzung, der Vorhabenträger, die Hilpert Allee GmbH, hat die Planreife beantragt, um mit dem Bauvorhaben vorzeitig zu beginnen. Der Fachausschuss wird sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem Bebauungsplan befassen.

Rahnsdorf hilft - Neue Auflage ist da

Fast 150 Rahnsdorfer Bürgerinnen und Bürger sind auf der nunmehr vierten Auflage der Plakataktion zu sehen. Diese Menschen zeigen Gesicht für ein friedliches Miteinander und eine Willkommenskultur am südöstlichen Stadtrand.

Die Gemeinschaftsunterkunft in der Fürstenwalder Allee 364 wird voraussichtlich im Sommer bezogen. Die Kiezpaten, die Regionalkoordinatorin und der Integrationsbeauftragte danken den vielen, die mit ihrem Bild zeigen, dass sie Flüchtlinge willkommen heißen, und den vielen, die durch das Aushängen, Verteilen und Berichten zum Erfolg der Plakataktion beitragen. Gleichzeitig appellieren sie, weiterhin die Plakate gut sichtbar auszuhängen und ältere Ausgaben durch die neue Fassung zu ersetzen. Die abgebildeten Menschen sind zu Recht stolz darauf



und sollten sich auch an vielen Orten auf den Plakaten wiederfinden können. Das neue kleinere A4-Format findet leichter einen Platz am schwarzen Brett, an der Ladentheke, im Wartebereich oder im Schaukasten.

Plakate (A4-Drucke) sind in der Buchhandlung Vielseitig abzuholen, Püttbergweg 3, Montag bis Freitag 10-19 Uhr, Samstag 9-13 Uhr.

fb.com/RahnsdorfHilft

Am Rand der Gesellschaft?

Sie stehen in der U-Bahn an den Türen, sitzen in der S-Bahn neben uns, stehen im Supermarkt an der Kasse oder schlendern durch die vielbesuchten Einkaufszentren. Sie sind überall - Obdachlose und Wohnungslose. Normale Bürgerinnen und Bürger wie wir alle. Wahrgenommen werden sie von den wenigsten. Sie sind in der Regel auch nicht auffällig, wollen dies auch nicht sein. Sie wollen untergehen in der Masse, nicht angestarrt oder begafft werden. Zugleich sind es Menschen, die besonders auf die Solidarität und Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind.

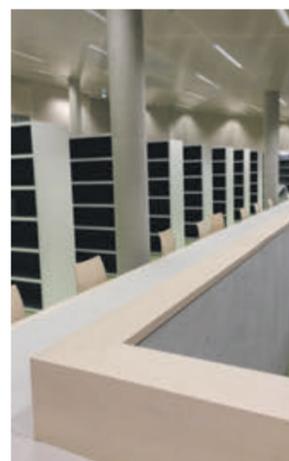
Die Aufgabe, diesen Menschen zu helfen obliegt nicht allein dem Staat. Selbstverständlich ist es zunächst die Aufgabe des Landes Berlin und des Bezirks, Einrichtungen in Treptow-Köpenick zu unterhalten und zu finanzieren, die obdach- und wohnungslosen Menschen eine Heimat bieten.

In Treptow-Köpenick gibt es zahlreiche Unterkünfte dieser Art. Eine besondere Unterkunft ist das Haus Strohalm in der Wilhelmshofstraße in Oberschöneweide. Dort finden nicht nur rund 50 Personen ein zu Hause und eine umfassende Sozialberatung. Das Haus bietet auch für alle Nachbarinnen und Nachbarn einen Treffpunkt an. In diesem Treffpunkt Strohalm kann man günstig essen, einen Blick in die meist gut gefüllte Kleiderkammer werfen und mit anderen Menschen ins Gespräch kommen.

Denn wer obdach- oder wohnungslos ist, ist zumeist auch einsam. Freunde, Verwandte und Bekannte haben sich in aller Regel von der Person abgewandt. Zu groß und erdrückend sind die Probleme, welche oftmals auch psychischer Natur sind. Der Austausch mit anderen Menschen ist dann besonders wichtig. In der kalten Jahreszeit sind die Obdachlosenunterkünfte

Bibliotheken starten 2015 mit einem Pilotmodell

Die Bibliothekslandschaft in Treptow-Köpenick wird künftig um eine besondere Einrichtung reicher - eine Schulbibliothek mit öffentlicher Nutzung. Ursache dieses neuen Typus war dabei zunächst nicht der freie Gestaltungswille der BVV, sondern vielmehr eine Vorlage des CDU-Stadtrats für Weiterbildung und Kultur, die vorsah, drei Standortbibliotheken zu schließen. Das wurde mit mehrheitlichem Beschluss der BVV im September 2013 verhindert und ein neues Konzept gefordert, das eine kreativere Lösung vorsah. In zahlreichen und über ein Jahr andauernden Diskussionen mit den Mitgliedern des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur wurde schließlich das Konzept „Schulbibliothek mit öffentlicher Nutzung“ geboren. In der Johannes-Bobrowski-Bib-



Die neu gebaute Mittelpunktbibliothek Treptow in der Alten Feuerwache in Niederschöneweide soll am 13. April eröffnet werden. Über 50.000 Medien stehen dann in dem beeindruckendem Bauwerk aus Alt und Neu zum Ausleihen bereit.

liothek in Friedrichshagen wird nun eine zweifache Nutzung eingeführt. Schulbibliothekarische und öffentliche Nutzung laufen auf verschiedenen Etagen

und zu unterschiedlichen Zeiten. Synergien können so genutzt und weiterentwickelt werden. Kinder und Jugendliche erfahren an einem Standort sowohl die schulische als auch die öffentliche Bibliotheksnutzung. Statt Schließung - ein neues Konzept! Dafür haben wir uns als SPD-Fraktion stark gemacht. Nun muss die neue „Schulbibliothek mit öffentlicher Nutzung“ zeigen, dass sie als attraktives Modell zukunftsfähig ist. Bibliotheken sind kein Selbstzweck. Sie sind Bildungseinrichtungen, bei der rein ökonomische Betrachtungen das Ziel verfehlen. Die bezirklichen Bibliotheken brauchen dafür Rahmenbedingungen, die eine Fortentwicklung gestatten und hier ist dringend eine stärkere Unterstützung von der Senatsverwaltung von Nöten!



Das Haus Strohalm in Oberschöneweide bietet Obdachlosen ein zu Hause.

komplett ausgelastet. Übrig bleiben die Notunterkünfte. Aber auch diese sind überlastet. Ein Blick in die größte

Notübernachtung von Berlin in der Lehrter Straße im Bezirk Mitte zeigt, was Menschen auf sich nehmen, um bei dem kalten und nassen Wetter nicht auf der Straße schlafen zu müssen. Diese Unterkunft, welche niemanden abweist, ist fast jede Nacht überfüllt. Im kleinen Aufenthaltsraum im Keller des Gebäudes drängeln sich die Menschen. Von Privatsphäre oder einem ruhigen Schlaf kann keine Rede sein. Streitigkeiten sind nicht selten.

In Friedrichshagen soll in den kommenden Monaten eine neue Unterkunft mit 137 Plätzen für wohnungslose Menschen entstehen. Bei der Bürgerversammlung,

auf welcher über die Pläne informiert wurde, stieß der geplante Bau nicht nur auf Gegenliebe. Nachvollziehbare Ängste und auch Vorurteile wurden zum Ausdruck gebracht. Doch jeden kann es treffen. Es sind kleine Schicksalsschläge, welche am Ende zur Obdachlosigkeit führen. Unter der manchmal stinkenden Kleidung und den ungepflegten Haaren stecken ganz normale Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unsere Unterstützung verdient haben. Tatsächlich kann jeder helfen. Die persönliche Ansprache eines hilfsbedürftigen Menschen kann der erste Schritt zurück in ein geregtes Leben sein.

WUSSTEN SIE SCHON?

...dass es für das Tourismusmarketing der Berliner Südostregion eine neue Marke gibt? „dein Treptow-Köpenick“, so lautet sie und setzt 8 Schwerpunkte: Wasser genießen, Natur erkunden, Freizeit gestalten, Kultur verstehen, Stadtviertel besuchen, Szene entdecken, Events erleben und Business im Grünen. Lassen Sie sich ein paar Anregungen für Freizeit und Urlaub beim Tourismusverein Treptow-Köpenick geben: www.tkt-berlin.de